

Änderungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Grietje Staffelt, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Priska Hinz (Herborn), Christine Scheel, Dr. Harald Terpe, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10409, 16/10423, 16/10424, 16/10425 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009
(Haushaltsgesetz 2009)**

**hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Rahmen des Einzelplans 09 wird ein neuer Titel „Ausbau von Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum“ in der Höhe von 37 Mio. Euro jährlich mit einer Laufzeit von drei Jahren eingefügt.

Berlin, den 25. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Ein Teil der Mittel soll für eine deutschlandweit einheitliche Evaluationsmethode über Breitbandbedarfe der Gemeinden, privaten Haushalte und Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, um eine verlässliche Datenbasis als Grundlage für Infrastrukturinvestitionen zu liefern, kostenaufwändige Vorarbeiten zu reduzieren und Entscheidungen privatwirtschaftlicher Anbieter von Breitbandtechnologien zu beschleunigen. Dazu wird die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Initiativen und Verbänden, die sich der Thematik angenommen haben, angestrebt.

Darüber hinaus soll ein Teil dieser Mittel für Beratungstätigkeiten und Planung verwendet werden. Die Mittel für den Infrastrukturausbau sollen vorrangig für die Anmietung von Leitungen und Transponderkanälen (z. B. für DSL via Satel-

lit) und den Ausbau der kabelgebundenen DSL-Versorgung genutzt werden können.

In der Informations- und Wissensgesellschaft ist ein schneller Internetzugang eine entscheidende Voraussetzung, um Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade für die Entwicklung des ländlichen Raums ist das Internet ein wichtiges Instrument, um Mobilitätseinschränkungen zu kompensieren und Lebensqualität zu verbessern. Fehlende Breitbandzugänge bedeuten für die betroffenen Regionen einen massiven Standortnachteil, denn dadurch fehlt der Anschluss an das moderne Wirtschaftsleben. Ein Breitbandanschluss ist heute ebenso wichtig wie ein gut ausgebautes Straßennetz und der Anschluss an die öffentliche Versorgung.

Nicht in allen Regionen in Deutschland aber ist ein breitbandiger Internetzugang möglich. Es besteht eine „digitale Kluft“ zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten. Insbesondere in den neuen Bundesländern mangelt es an Breitbandzugängen. Aufgrund der hohen Kosten in der Fläche wird die Schließung der Versorgungslücke nach Auskunft der Telekommunikationsbranche über den Markt allein in den kommenden Jahren nicht erfolgen.

Für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven und den Erhalt lebenswerter Strukturen in ländlichen Gebieten muss der Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes jedoch schnell vorangetrieben werden. Die weißen Flecken gilt es zu schließen.

Die EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, Viviane Reding, hat im September 2008 festgestellt, dass in Deutschland 12 Prozent der Bürger keinen Breitbandanschluss haben, in Ostdeutschland sogar fast 40 Prozent. Der Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) geht von mindestens drei Millionen Haushalten und fünf Millionen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ohne Breitbandanbindung aus, wenn eine DSL-Geschwindigkeit von einem Megabit pro Sekunde vorausgesetzt wird.

Auch wenn die Zahlen der Breitbandanschlüsse in den letzten Jahren gestiegen sind, so hinkt Deutschland im internationalen Vergleich noch immer hinterher. Die Entwicklung der vergangenen Jahre macht deutlich, dass der Markt dieses Problem allein nicht löst, da Investitionen in dünn besiedelten Regionen wirtschaftlich oft unrentabel sind. In diesen Fällen ist eine öffentliche Infrastrukturförderung das geeignete Mittel. Die EU-Kommission hat deshalb im Juli 2008 staatliche Zuschüsse von 141 Mio. Euro für den Ausbau schneller Internetverbindungen in ländlichen Gebieten Deutschlands genehmigt.